

Aktuelle Post



aus dem Kreistag (27)

23. Mai 2015

Liebe Freundinnen und Freunde!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung vom 20. Mai 2015 behandelte eine umfangreiche Tagesordnung. Ein wichtiger Punkt war die „Kooperation Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH (GZW) mit den Lahn-Dill-Kliniken GmbH“. Es soll ein neuer Dachverband entstehen: das Gesundheitszentrum Mittelhessen (GZM). Dazu berichten wir in dieser „Post“ etwas ausführlicher, denn das Projekt ist wichtig für die Gesundheitsversorgung, hat jedoch einige Tücken.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Antrag DIE LINKE.: Flüchtlingshilfe Wetterau
2. Antrag DIE LINKE.: Betreuungsschlüssel Flüchtlinge
3. Antrag DIE LINKE.: Noteltern
4. Antrag DIE LINKE.: Unterstützung der Streiks der Sozial- und Erziehungsberufe
5. Berichtsantrag DIE LINKE.: Einfache Sprache – was ist daraus geworden?
6. Resolutionsantrag DIE LINKE.: Freihandelsabkommen TTIP ablehnen
7. Informationsfreiheitsgesetz
8. Kooperation Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH mit Lahn-Dill-Kliniken GmbH

Antrag DIE LINKE.: Flüchtlingshilfe Wetterau

Am 27. März 2015 fand die erste Flüchtlingskonferenz des Wetteraukreises statt. Dort wurde eine „Wetterauer Erklärung“ verabschiedet. Wer den Text dieser Erklärung einsehen möchte, findet ihn unter diesem link:

<http://www.wetteraukreis.de/aktuelles/pressemitteilungen/detail/news/wetterauer-erklaerung/>

In der Erklärung heißt es unter anderem: „Die Teilnehmer der Flüchtlingskonferenz bitten den Kreisausschuss des Wetteraukreises zu überprüfen, ob eine Reaktivierung der in den 90er Jahren gegründeten Flüchtlingshilfe gGmbH möglich ist mit dem Ziel, Wohnraum speziell für die Bedürfnisse der Flüchtlinge zu schaffen“.

DIE LINKE. hat einen Antrag gestellt, damit diese Prüfung auch stattfindet: Der Kreisausschuss soll sich zügig darum kümmern, dass eine professionelle Flüchtlingshilfe eingerichtet wird. In der Antragsbegründung schrieben wir:

„Diese Aufgabe kann nicht auf Dauer allein von den derzeitig damit befassten Mitarbeitern der Kreisverwaltung gelöst werden. Auch die Kommunen bräuchten mehr Unterstützung.“

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/508-wir-brauchen-wieder-eine-fl%C3%BChtlingshilfe-in-der-wetterau.html>

Die CDU reichte einen fast gleichlautenden Änderungsantrag ein. Sie wollten zusätzlich, dass geprüft wird, ob die „Integrationsstiftung Wetterau“ (<http://sinnstiften.webseiten.cc/unterstiftungen/migration-und-zivilcourage/integrationsstiftung-wetterau.html>) die Aufgaben einer Flüchtlingshilfe übernehmen könnte.

Erster Kreisbeigeordneter Herr Betschel wunderte sich über unseren Antrag: schließlich habe die Flüchtlingskonferenz lediglich eine Prüfung beschlossen. Von der Einrichtung einer Flüchtlingshilfe sei dort nicht die Rede gewesen. ... GRÜNE Logik! Wir konterten, indem wir auf die „Prüfung“ in einem anderen Fall hinwiesen: Ein Antrag der Linken zur „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“ schimmelt sein 2012 zur „Prüfung“ im Ausschuss RUE (Regionalentwicklung, Umwelt, Energie). Dieses Schicksal wollen wir der Flüchtlingshilfe gerne ersparen.

Der Antrag wurde in den Ausschuss JSG (Jugend, Soziales, Gesundheit) überwiesen.

Antrag DIE LINKE.: Betreuungsschlüssel Flüchtlinge

Unser Antrag bezieht sich darauf, dass derzeit ein/e Sozialarbeiter/in 210 Flüchtlinge zu betreuen hat. Dabei ist noch nicht eingerechnet, dass Urlaubs- und Krankheitszeiten vertreten werden müssen. Auch hier hat die Flüchtlingskonferenz Verbesserungen gefordert.

Den Antrag kann man hier finden: <http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/509-mehr-sozialarbeit-f%C3%BCr-fl%C3%BChtlinge-ein-betreuungsschl%C3%BCssel-von-1-210-ist-nicht-zumutbar.html>

Wir führten in der Antragsbegründung aus: „Dieser Betreuungsschlüssel ist unzureichend.“

Weder können die Sozialarbeiter/innen die Anforderungen erfüllen und gut arbeiten noch wird das den Flüchtlingen gerecht, die mit vielen Problemen zu kämpfen haben und dazu Hilfe brauchen. Dass notwendige Unterstützung dennoch gegeben wird, ist den engagierten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in den Kommunen zu verdanken.

Auf Dauer wird es aber nicht möglich sein, dass diese Arbeit ehrenamtlich aufrecht erhalten werden kann. Ehrenamt kann Sozialarbeiter/innen unterstützen und ihnen zuarbeiten aber keinesfalls wichtige notwendige Arbeiten dauerhaft auffangen. Dazu muss der Betreuungsschlüssel deutlich abgesenkt werden.

Wir fordern den Kreisausschuss dazu auf, sich konzeptionell mit der sozialarbeiterischen Betreuung auseinanderzusetzen, die Kosten für die Einstellung weiterer Sozialarbeiter/innen zu prüfen und das Ergebnis zeitnah im Kreistag vorzustellen. Ziel ist die Einstellung weiterer Sozialarbeiter/innen für die Flüchtlingsarbeit. Eine Abschiebung der Sozialarbeit auf die Städte und Gemeinden halten wir nicht für gerechtfertigt.“

Auch hier hat die CDU einen Änderungsantrag gestellt. Sie wollten zusätzlich, dass die Betreuungsschlüssel aller Kreise und kreisfreien Städte in Hessen verglichen werden und sich der Wetterauer Betreuungsschlüssel nach einem durchschnittlichen Wert richtet.

In der Diskussion erklärte Herr Betschel, ein Betreuungsschlüssel zwischen 170 und 210 sei in Ordnung. Schon dies sei schwer zu verwirklichen, weil die Zahl der Flüchtlinge kontinuierlich zunehme. Er verwies darauf, dass das „Rote Kreuz“, als Partner des Wetteraukreises, für die sozialarbeiterische Betreuung zuständig sei.

Unser Antrag wurde abgelehnt.

Antrag DIE LINKE.: Noteltern

In jüngster Vergangenheit meldeten sich Bereitschaftspflegeeltern öffentlich zu Wort und machten auf ein Problem aufmerksam: das durch den Beschluss dieses Kreistags aus 2013 gewährte Betreuungsgeld reicht insbesondere dann nicht aus, wenn ein Kind mehr als zwei Monate in Obhut der Noteltern verbleibt.

Laut Kreistagsbeschluss von August 2013, werden nach zwei Monaten nur noch 35 Euro gezahlt. Vor dem 1.1.2013 waren es 70 Euro.

Auch wenn insgesamt die Verweildauer der Kinder bei den Noteltern verringert werden konnte, so verbleiben doch immer wieder Kinder länger als 2 Monate, bis ihre Angelegenheiten geregelt werden können und eine endgültige Lösung für sie gefunden wird. In dieser Zeit – also Verweildauer mehr als 2 Monate - reichen 35 Euro nicht aus, um die Kosten der Bereitschaftspflegeeltern zu decken und der Betrag sollte erhöht werden – wenigstens auf 50 Euro.

Im zweiten Teil des Antrags forderten wir eine Bereitschaftspauschale. Das ergibt sich auch folgenden Gründen: ein Elternteil darf nicht berufstätig sein, ein Auto, ein handy, ein Zimmer müssen vorgehalten werden, was auch dann Kosten verursacht, wenn kein Kind in Obhut genommen wurde.

Dies sollte bei der Vergütung Berücksichtigung finden.

Der Antragstext ist hier zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/510-noteltern-brauchen-ausreichende-verg%C3%Bctung.html>

Wieder hat die CDU einen fast gleichlautenden Änderungsantrag gestellt. Wir sagten dazu: *„Es freut uns, dass die CDU unseren Antrag gut findet und unterstützt. Das kann sie ruhig öfter tun. Wir sind gerne weiterhin als „Ideegeber“ tätig, wenn Ihnen selber nichts einfällt.“*

Schon 2013 klappte die CDU unseren Antrag zu den Kürzungen der Entgelte für Noteltern. Auch in der Auseinandersetzung um die Schülerbeförderung kaperte die CDU Anträge der Linken. In der Presse schmückte sie sich dann mit fremden Federn.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag DIE LINKE.: Unterstützung der Streiks der Sozial- und Erziehungsberufe

Dieser Antrag wurde auf einen Einwand der FDP von der Tagesordnung genommen, weil die Tarifkämpfe nichts mit dem Wetteraukreis zu tun hätten.

In trauter Eintracht und sehr gerne stimmten SPD, CDU, FDP und Freie Wähler den Antrag weg. Ein Teil der Grünen stimmte mit uns für eine Kreistagsdebatte.

Wir mussten feststellen: Der Kreistag ist nicht solidarisch mit den Streikenden der Sozial- und Erziehungsberufe und will keine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Löhne.

Unser Antrag ist unter diesem link zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/511-solidarit%C3%A4t-mit-den-besch%C3%A4ftigten-der-sozial-und-erziehungsberufen.html>

Berichts-antrag DIE LINKE.: Einfache Sprache – was ist daraus geworden?

DIE LINKE. beantragt Berichterstattung: wurde Leichte Sprache in der Kreisverwaltung eingeführt?

„Im Juni 2012 beschloss der Kreistag einen Antrag der Linken, den Schriftverkehr der Kreisverwaltung auf Leichte Sprache umzustellen und die Mitarbeiter/innen der Verwaltung entsprechend zu schulen und einen Leitfaden für Leichte Sprache zur Verfügung zu stellen.“

Wir beantragen zeitnah einen Bericht an den Kreistag, inwieweit dieser Beschluss umgesetzt wurde, ob die nötigen Schulungen erfolgten und ein Leitfaden zum Gebrauch der Leichten Sprache den Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung zur Verfügung steht.“

Im Bericht wurde nachgewiesen, dass der Landrat im August 2012 alle Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung schriftlich aufforderte, „Leichte Sprache“ zu verwenden, soweit keine rechtlichen Notwendigkeiten entgegenstehen.

Weiterführende Links und ein Leitfaden für „Leichte Sprache“ waren beigelegt. Schulungen fanden nicht statt. Bisher wurde ein Faltblatt der Wetteraukreises („Bildungs- und Teilhabepaket“) in leichter Sprache verfasst. Hier gibt es also noch Luft nach oben...

Resolutionsantrag DIE LINKE.: Freihandelsabkommen TTIP ablehnen!

Auch dieser Antrag wurde von der Tagesordnung genommen. Die CDU begründete, die Freihandelsabkommen hätten gar nichts mit der Wetterau zu tun und wenn man sich hier mit lauter solchen Dingen beschäftige, komme man nicht mehr zu Wetterauer Themen.

Herr Stadler von den GRÜNEN zeigte in seiner Gegenrede vergeblich auf, welche Auswirkungen TTIP, TISA und CETA auf die Wetterau und die kommunalen Betriebe haben würde und dass die Auswirkungen auf unseren Kreis enorm sein würden. Sich nicht mit den Freihandelsabkommen zu beschäftigen, gleiche einer „Vogel-Strauß-Taktik“.

LINKE. und GRÜNE stimmten für den Verbleib auf der Tagesordnung – alle anderen dagegen.

Wer sich nochmal informieren möchte, was genau beantragt wurde, findet das unter:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/440-freihandelsabkommen-schaden-auch-der-wetterau.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/498-ttip-stoppen.html>

Interessant ist hier, dass es von CDU und SPD Änderungsanträge gegeben hatte, die die Abkommen begrüßten, dann aber seitenlang aufführten, was daran falsch sei. Die kritischen Punkte überwogen die aufgeführten Vorteile bei Weitem. Jetzt entzog man sich der Debatte und einer Entscheidung durch Flucht.

Informationsfreiheitsgesetz

Es war eine der wenigen Taten des Abgeordneten der Piratenpartei in dieser Wahlperiode: Herr Flindt hatte beantragt, das Informationsfreiheitsgesetz der Bundesrepublik auf den Wetteraukreis herunterzubrechen und dazu einen Entwurf zu einer „Informationsfreiheitsgesetz“ eingebracht. Der Entwurf wurde in der letzten Kreistagssitzung begrüßt und sollte im Ausschuss zur Beschlussreife gebracht werden. Inzwischen ist Herr Flindt aber von seinem Kreistagsmandat zurückgetreten.

Gerne nahmen die Freien Wähler – deren Fraktion er angehörte – den Antrag wieder von der Tagesordnung. Sie hätten keine Ahnung und könnten den Antrag nicht weiter verfolgen.

Kooperation Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH mit Lahn-Dill-Kliniken GmbH

Es wurde dem Kreistag vor etwas mehr als einem Monat ein „Entwurf für Diskussionszwecke“ ausgehändigt: ein umfangreiches Vertragswerk zur „Errichtung einer gemeinsamen Dachgesellschaft zur Bildung eines mittelhessischen Krankenhausverbundes“. Das Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH (GZW) und die Lahn-Dill-Kliniken GmbH sollen als „Gesundheitszentrum Mittelhessen“ (GZM) kooperieren.

Als Ziele wurden genannt:

- Sicherstellung der kommunalen Trägerschaft der Krankenhäuser auch in Zukunft.
- Sicherstellung der wohnortnahen und qualitativ hochwertigen stationären und ambulanten Versorgung der Menschen im Wetteraukreis (*müsste noch dazu: und Lahn-Dill-Kreis*).
- Anwendung des öffentlichen Tarifrechts und Gewährleistung der tarifgerechten Bezahlung der Mitarbeiter/innen.
- Überregionale Wettbewerbsfähigkeit durch gemeinsame regionale Schwerpunktbildung in klinischen Kernbereichen.
- Stärkung der Verhandlungsposition gegenüber Kostenträgern, benachbarten Krankenhausverbänden und externen Dienstleistern und Lieferanten.
- Abstimmung gemeinsamer Investitionen und Strukturmaßnahmen.
- Etablierung einer gemeinsamen Fort- und Weiterbildungsakademie zur Gewinnung und Förderung der medizinischen Fachkräfte als Maßnahme gegen den landesweiten Fachkräftemangel.

Doch bei Sichtung des umfangreichen Entwurfs stellten sich viele Fragen, die wir in eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse JGS (Jugend, Soziales, Gesundheit) und HFPG (Haupt-, Finanz-, Personal- und Gleichstellungsausschuss) einbrachten. Doch wer gedacht hatte, die Ausschusssitzung sei dazu einberufen worden, den Vertragsentwurf einer kritischen Prüfung zu unterziehen oder wenigstens zu diskutieren, der hatte sich geirrt. Alle Parteien – außer den GRÜNEN – betonten, der Vertrag sei ausverhandelt und wer jetzt nochmal nachbessere, der stelle das ganze Vertragswerk in Frage. Dann würden wieder neue Fragen entstehen und das könne nicht sein. Die GRÜNEN wollten eigentlich nur eine Erhöhung der Aufsichtsratssitze. Sonst hatten sie nichts an dem Vertragsentwurf auszusetzen. Aber auch diese kleine Änderung – eine Erhöhung der Aufsichtsratssitze auf 20 – wollte man nicht.

Unsere Kritikpunkte haben wir eingebracht. Der Bad Nauheimer Bürgermeister Häuser – mit Landrat Arnold Verhandlungsführer mit dem Lahn-Dill-Kreis – fand unsere Beiträge so unpassend, dass er bedauerte, dass man eine öffentliche Sitzung einberufen hatte. Einer unserer Kritikpunkte fand Eingang in die Presseberichte: dass

der Kreistag jede Möglichkeit der demokratischen Kontrolle und Einflussnahme aus der Hand gibt.

Was kritisieren wir?

1. Aus den Unterlagen geht hervor: Mit der Entscheidung des Kreistags am Mittwoch (20. Mai 2015) gibt das Parlament eine Blankovollmacht für das GZM. Danach entscheidet allein das GMZ über die weitere Entwicklung der Gesundheitsversorgung in der Region – ohne irgendeine Form demokratischer Kontrolle.
Es wurde ein „Entwurf“ vorgelegt, der für „Diskussionszwecke“ verfasst wurde. Wir finden nicht, dass ein Kreistag über einen Diskussionsentwurf entscheiden sollte statt über den wirklichen Vertrag. Der wirkliche Vertrag soll erst nach dem Kreistagsbeschluss festgeschrieben werden. Was dann noch verändert wird, ist vom Parlament nicht mehr beeinflussbar.
2. Wir haben uns gefragt, warum im Konsortialvertragsentwurf (Seite 28) steht, dass der Status der Gemeinnützigkeit beendet werden kann. Und zwar allein durch die GZM, die als GmbH und nicht wie die das GZW als gGmbH gegründet werden soll.
Diese Veränderung – also weg von der Gemeinnützigkeit – soll nach der Abstimmung am Mittwoch (20. Mai 2015) keiner Beschlussfassung des Kreistags mehr unterliegen.
Dem GZM wird nach der Abstimmung am Mittwoch eine Freifahrt erteilt, dass es wie ein privater Gesundheitskonzern arbeiten kann. Der erste Schritt zur Privatisierung ist getan.
Dass hier starke Kräfte wirken, die die Privatisierung begünstigen, wird auch durch die personelle Besetzung deutlich: Als ärztlicher Leiter ist Professor Dr. Dr. Friedrich Grimminger vorgesehen. Er ist der aktuelle Direktor des Gesundheitszentrums Wetterau.
Herr Grimminger ist aber auch stark mit privaten Gesundheitskonzernen verbunden.
Er ist Chefarzt der Inneren Medizin in Lich. Diese Klinik gehört Asklepios.
Er ist Direktor der Kliniken IV und V des Uniklinikums Gießen/Marburg. Das Klinikum gehört der Rhön-Klinikum AG, einem börsennotierten privaten Unternehmen.
Bestehen hier denn keine Interessenskonflikte?
DIE LINKE könnte einem ärztlichen Leiter Grimminger nur zustimmen, wenn er seine Tätigkeit bei Asklepios und der Rhön-AG beendet und seine Bezüge aus der Privatwirtschaft - zumindest dem Aufsichtsrat - offen legt und wenn er nachweist, dass er die neue Führungsaufgabe zeitlich auch erfüllen kann.
3. Der geplante Aufsichtsrat des GZM wird laut diesem Diskussionspapier „freiwillig“ eingeführt. Auch die Zuziehung der Arbeitnehmervertretungen wird als nicht zwingend genannt. Was verhindert, dass sowohl der Aufsichtsrat als auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen zukünftig im GZM ausgehebelt werden? Zum Beispiel im Konfliktfall?
4. Der Aufsichtsrat des GZW soll aufgelöst werden. Der Aufsichtsrat des GZM wäre dann auch für das GZW zuständig. Ist es nicht so, dass das GZM eher weniger wirtschaftlich und medizinisch tätig sein wird, sondern strategische übergeordnete Aufgaben hat?
Wäre es dann nicht eher nötig, einen Aufsichtsrat beim GZW zu behalten, damit wenigstens teilweise wichtige Informationen über wirtschaftliche Entscheidungen im Parlament landen?
5. Es sind laut diesem Diskussionspapier „Schiedsgerichte“ vorgesehen, um Konflikte zu entscheiden. Diese Schiedsgerichte sollen mit drei Personen besetzt sein. Es steht da nicht, wer das sein soll und auf welcher Grundlage das Schiedsgericht überhaupt arbeitet. Wie verläuft so ein Verfahren? Gibt es die Möglichkeit gegen Entscheidungen Widerspruch einzulegen? Wir fragen uns jetzt: Warum sollen Konflikte nicht innerhalb des staatlichen Rechtssystems gelöst werden? Auch dort gibt es die Möglichkeit vorgeschalteter Schlichtungs- und Güteverfahren, ehe es zu einem Gerichtsverfahren kommt.

Zu unseren Einwänden bekamen wir keine bzw. keine befriedigende Antwort.

Wir haben fünf Änderungsanträge gestellt

Änderungsantrag 1: Die angestrebten Ziele des GZM sind nicht im Vertrag enthalten. Wir beantragten deren Aufnahme in die Präambel.

Änderungsantrag 2: Die Gemeinnützigkeit soll in jedem Fall beibehalten werden. Die Gesellschafter können laut Vertrag allein über eine Aufkündigung der Gemeinnützigkeit entscheiden.

Änderungsantrag 3: Die Schiedsgerichte sollen entfallen. Eine Umgehung des ordentlichen Rechtsweges widerspricht einem Rechtsstaat.

Änderungsantrag 4: Der Aufsichtsrat des GZW soll beibehalten werden.

Änderungsantrag 5: Tätigkeiten in privaten Betrieben des Gesundheitswesens und die damit verbundenen Einkünfte müssen dem Aufsichtsrat vollumfänglich angezeigt werden. Auch ist zu prüfen, ob die Aufgaben innerhalb des GZM vollumfänglich geleistet werden können, wenn in anderen Gesundheitsbetrieben verantwortliche Posten mit einem dafür nötigen Zeitkontingent erfüllt werden müssen.

Im vollen Wortlaut finden sich die Anträge unter diesem link:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/519-%C3%A4nderungsantrag-gesundheitszentrum-mittelhessen-1.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/520-%C3%A4nderungsantrag-gesundheitszentrum-mittelhessen-2.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/521-%C3%A4nderungsantrag-gesundheitszentrum-mittelhessen-3.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/522-%C3%A4nderungsantrag-gesundheitszentrum-mittelhessen-4.html>

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/523-%C3%A4nderungsantrag-gesundheitszentrum-mittelhessen-5.html>

Natürlich wurden unsere Änderungsanträge abgelehnt. Nur ein Drittel der GRÜNEN stimmte mit uns. Nochmal wurde betont, dass der Vertrag nicht mehr verändert werden soll. Er sei gut verhandelt und es gelte ein Zeichen an den Lahn-Dill-Kreis zu senden.

Der Bürgermeister von Büdingen, Herr Spamer, verwies darauf, dass es im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises mehr Bedenken gäbe als bei uns. Inzwischen hat das auch in der Presse gestanden. Nachzulesen unter:

http://www.mittelhessen.de/lokales_artikel,-Verriss-zum-Klinikverbund-arid,489133.html

http://www.mittelhessen.de/lokales_artikel,-Uns-sind-die-Risiken-bekannt-arid,489854.html

Unsere Rede ist vollständig unter diesem Link zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/518-rede-zum-gesundheitszentrum-mittelhessen.html>



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auch auf der homepage DIE LINKE Wetterau ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von
Rudi Kreich und Gabi Faulhaber